

Der neue Tag
12. IV. 1919

Neue kommunale Steuern und Abgaben

Zur Verbesserung der Stadtfinanzen.

Der Gemeinderat hat gestern dem Antrag des Finanzreferenten Breitner auf „Verlängerung der Fristen der Einnahmen der Gemeinde Wien und sonstigen finanziellen Maßnahmen“ zugestimmt. Es handelt sich um die Durchführung der vom niederösterreichischen Landtage bereits beschlossenen Gesetzentwürfe auf die Forterhebung der städtischen Zuschläge zu den direkten Steuern und zum Gebührenäquivalente, die kommunale Abgabe auf Branntwein, die Hundesteuer und die erhöhten Zuschläge zur Totalisateursteuern, die sogenannte Lustbarkeitssteuer (Gesetzentwurf auf eine Gemeindeabgabe von öffentlichen Vorführungen und Tanzunterhaltungen), wobei für Fürsorgezwecke ein gewisser Prozentsatz gewidmet wird. Der Gemeinderat wird noch in diesem Monat die Beratungen des Hauptvoranschlags, der bereits fertiggestellt ist und zur Einsicht ausliegt, vornehmen. Das vom Plenum genehmigte Budgetprovisorium, das noch der legislativen Genehmigung bedarf, soll die Ordnung im Stadthaushalte vorläufig sichern.

Eine Reihe von Angelegenheiten, die nach Eröffnung der Sitzung vom Bürgermeister vorgetragen wurden, behandeln wir an anderer Stelle.

Im Einlaufe befanden sich wie immer viele Interpellationen.

Die Preisnotierung in den Schaufenstern.

Jenschil fragt, warum trotz der kürzlich erschienenen Verfügung die Preise der Gebrauchsgüter vielfach nicht ersichtlich gemacht werden.

Bürgermeister Reumann: Herr Gemeinderat Jenschil wendet sich in seiner Anfrage nicht an die richtige Adresse. Ich gebe zu, daß die Ueberwachung noch Vieles zu wünschen übrig läßt, sie fällt aber nicht in den Wirkungsbereich der Gemeinde, die lediglich die Preisanschreibung für Lebensmittel zu beaufsichtigen hat, sondern in den der Polizeidirektion. Was die Ueberwachung des Anschreibens der Preise für Lebensmittel anbelangt, so wird die auf meinen Auftrag von den städtischen Marktorganen auf das strengste durchgeführt. Das Marktamt hat auch bereits zahlreiche Anzeigen wegen Nichterhaltung der bezüglichen Vorschriften für den Lebensmittelhandel an die Bezirksämter geleitet.

Zwang der städtischen Kontrahenten zur Einhaltung der Kollektivverträge.

Ing. Seibel fragt, ob der Bürgermeister dem Stadtbauamt und allen städtischen Betrieben die Weisung geben wolle, auf alle jene Unternehmungen, welche von der Gemeinde Wien Aufträge erhalten haben oder sich um solche bewerben, nachdrücklich einzuwirken, daß die Kollektivverträge für Angestellte unbedingt einzuhalten sind.

Bürgermeister Reumann verweist auf den Stadtratsbeschluss vom 10. April über die allgemeinen Bedingungen für den Abschluß von Werk- und Lieferungsverträgen, in dem die Bestimmung getroffen ist, die der Interpellant verlangt. Der Unternehmer müsse auf Verlangen die betreffenden Zeichnungen und Arbeitsverträge vorlegen.

Ein städtisches Kaffeerestaurant auf dem Zaaserberg.

Alt beantragt die künftige Erwerbung von Grundstücken auf dem Zaaserberg in Favoriten, die Schaffung einer Wiesen- und Parkanlage dort, sowie die Erbauung eines Kaffeerestaurants im Eigenbetrieb der Gemeinde.

Ermäßigte Streckenarten.

Reissmann beantragt, den Volkswehr-männern für Fahrten auf der Elektrischen den Rindertarif einzuräumen.

Koppensteiner stellt den Antrag, den Stadtangestellten entweder Streckenarten auszustellen, auf Grund deren sie auf der Straßenbahn ermäßigte Fahrpreise zu 30 Heller lösen können, oder ihnen doch zu ermäßigen, ohne Rücksicht auf eine bestimmte Zeit ermäßigte Rückfahrkarten zu bewähren.

Der Garten des Zivilmädchenpensionats.

Professor Dr. Fränkel beantragt die Uebernahme des Gartens des Zivilmädchenpensionats in der Josefstädterstraße durch die Gemeinde; dort ist ein Kinderpielplatz zu errichten.

Die Anträge werden der geschäftsbordnungs-mäßigen Behandlung zugewiesen.

Das Wohnungsamt im Eugentalpalais.

Auf Antrag des Vizebürgermeisters Hof wird beschlossen, das Auerbieten des Deutschen Ritterordens, in dem ihm gehörigen Gebäude Kaiser Wilhelmring 8 (Palais Erzherzog Eugen) die Mehrzahl der Räume zur unentgeltlichen Benützung für Zwecke des städtischen Wohnungsamtes und des städtischen Wohlfahrtsamtes zur Verfügung zu stellen, anzunehmen. Die Kosten für die bauliche Erhaltung und Instandhaltung des Gebäudes werden mit jährlich 45.000 Kronen, die Kosten für die Beleuchtung mit jährlich 20.000 Kronen, die Kosten für die Belüftung mit jährlich 5000 Kronen genehmigt.

388.000 Kronen für Kanalbauarbeiten.

Die Kosten für den Neubau von Haupt- und Nebenkanälen in der Sektentofner-, Gablung- und Wincingasse im 15. und 16. Bezirk in der Höhe von 388.151 Kronen werden genehmigt.

Tuberkulosefürsorge.

Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Winter wird ein Beitrag von 100.000 Kronen zur Errichtung einer Tuberkulose-Heilanstalt für ambulante Behandlung unter der Bedingung zugesichert, daß auch Stadt und Land je ein Drittel dieser Kosten übernehmen.

Steuern zur Verbesserung der Stadtfinanzen.

Breitner stellt den Antrag: Die Gesetzentwürfe über eine Gemeindeabgabe von öffentlichen Vorführungen und Tanzunterhaltungen und die Forterhebung der städtischen Zuschläge zu den direkten Steuern und zum Gebührenäquivalente, der kommunalen Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten und der Gemeindeabgabe auf den Besitz von Hundeu, ferner die Erhöhung des städtischen Zuschlages zur Totalisateursteuern werden genehmigt.

Der Magistrat wird beauftragt, die legislative Genehmigung dieser Beschlüsse zu erwirken. 10 Prozent der Lustbarkeitsabgabe werden dem Zwecke gewidmet, Arbeitern, Angestellten und Schülern den Besuch von Theater- und Musikaufführungen zu ermöglichen. Es wird ein fünfgliedriges gemeinderätliches Komitee eingesetzt, das unter Zuziehung von Fachleuten Vorschläge über die bestmögliche Verwendung dieser Summe zu erstatten hat.

Dr. Blaschke stellt den Antrag: Bei öffentlichen Veranstaltungen und Wettbewerben,

bei welchen Wetten durch besondere Unternehmungen (Totalisateursteuern) vermittelt werden, wird eine dreißigprozentige Abgabe des Eintrittspreises eingehoben.

Nach einem Schlusswort des Berichterstatters werden die Stadtratsanträge genehmigt. Ebenso der Antrag des Gemeinderates Blaschke angenommen.

Mehr Märkte — weniger Lebensmittel.

Breitner berichtet über die Erhöhung des Preises für die elektrische Licht- und Kraftanlage am Rautenmarkt im 11. Bezirk um den Betrag von 20.000 Kronen.

Dr. Glasauer begrüßt die Ausgestaltung der Märkte, bemerkt aber, daß die Märkte allein wenig nützen werden, wenn es den staatlichen Organen nicht gelingt, entsprechende Mengen von Lebensmitteln zu entsprechenden Preisen zu beschaffen. Er betont, daß es vielfach die sozialdemokratischen Organisationen am Lande sind, die es verhindern, daß Lebensmittel nach Wien kommen und zählt Fälle auf, die sich in Rankweil, Feldkirch, Bregenz ereignet haben. Vielfach waren es die sozialdemokratischen Arbeiter- und Soldatenräte, die die Transporte aufhielten. Redner richtet an den Staatssekretär Eberich von Appell, die Genossen seiner Partei dazu zu bewegen, daß sie den Wienern Lebensmitteln hereinschaffen. Redner weist auch darauf hin, daß die Sozialdemokraten nun endlich ihr Paradies, das sie in den Wahlschlüssen den Frauen versprochen haben, aufrichten sollen.

Vizebürgermeister Emmerling: Ich will die Redefreiheit nicht beschränken, möchte aber nur bemerken, daß die Worte des Herrn Gemeinderates Glasauer mit dem Referate nichts zu tun haben.

Der Referent entgegnet dem Gemeinderat Glasauer, daß die Bauern, die liefern sollen, im Christlichsozialen Lager stehen. Wenn sie liefern wollten (Stufe bei den Christlichsozialen: Sie wollen ja liefern!) (Stufe bei den Sozialdemokraten: Das glauben Sie aber selber nicht!), so könnten sie es. Die Bauern waren eben die argsten Buhener in diesem Kriege. (Gemeinderat Faugoin: Arbeiter und Bauern gehören zusammen, haben Sie gesagt.) Das Paradies können wir nicht etablieren, weil wir eine Konkurrenzmasse übernehmen mußten.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

Städtische Wasserkraftanlagen.

Heinrich Schmid berichtet über die Entwurfsarbeiten zu Wasserkraftanlagen im Tullnerfeld für Zwecke der Gemeinde Wien und stellt die bekannten Anträge.

Prohaska beantragt folgende Fassung: Das Stadtbauamt wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Direktion der Elektrizitätswerke ein Programm anzufertigen, um auf Grund derselben eine Vergebung der technischen Entwürfe einer Donau-Wasserkraftanlage im Tullnerfeld unter Zuhilfenahme der behördlich autorisierten und besetzten Zivilingenieure Deutschösterreichs anschieben zu können. Im Einvernehmen mit dem Elektrizitätswert, dem Niederösterreichischen Ingenieur- und Architektenverein, der Architektenkammer ist eine Kommission zu bilden, welche derartige Projekte zu verfertigen hat.

Die Referentenanträge werden angenommen.

Die Uebernahme der Trottoirreinigung durch die Gemeinde.

Weigl berichtet über die Uebernahme der Bürgersteigreinigung durch die Gemeinde Wien.

Kotter vertritt den Standpunkt der Hausbesitzer: Die Gemeinde soll die Bürgersteigreinigung entweder ganz oder gar nicht übernehmen. Er spricht sich gegen die Haftungspflicht der Hausbesitzer bei eventuellen Unfällen infolge mangelhafter Säuberung aus.

Dappler: Die Hausbesitzer Wiens haben schon seit Jahren wegen Lösung dieser Forderung petitioniert. Die ganze Angelegenheit kann nicht allein von der Gemeinde Wien geregelt werden, sondern es sind auch Geleise notwendig. Der Antrag ist ein Uebergangsstadium, wir hoffen, daß die Forderungen der Hausbesitzer bald in ihrer Gänze einer gedeihlichen Lösung zugeführt werden.

Die Stadtratsanträge werden dann unverändert angenommen.

„Wien bleibt Wien.“

Dr. Winter beantragt, der Deutschösterreichischen Filmhauptstelle zur Herstellung und zum Vertriebe eines namentlich für Auslandspropaganda bestimmten Films unter dem Titel „Wien bleibt Wien“ 15.000 Kronen zu bewilligen.

Der Referentenantrag wird genehmigt und die Sitzung geschlossen.